

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 12

Artikel: Haben konservative Staatsideen eine Zukunft?
Autor: Fleiner-Gerster, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163787>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Umfragen, Sonderheften von Zeitschriften, Buchreihen steht neuerdings das Thema «Konservativismus» immer häufiger im Vordergrund. Hat das mit dem Ausgang der britischen Parlaments- und der amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu tun? Beide Male haben untere Mittelschichten und Arbeiter einen bedeutenden Anteil an diesen konservativen Erfolgen gehabt, von denen «Le Monde» schrieb, sie seien für die Demokratie noch ärger als alle Taten der Terroristen . . . Konservativismus gegen die Demokratie statt in der Demokratie? Nur in Frankreich kann die Frage so gestellt werden.

Die beiden Schweizer Beiträge sind für den Druck redigierte Reden an einem Kongress der CVP des Kantons Zürich (75 Jahre CVP). Die Inventur des deutschen Konservativismus war Hermann Lübkes Beitrag zu einem deutsch-amerikanischen Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung anfangs September in Bad Godesberg. Dort wiesen die Amerikaner auf lange geistige Auseinandersetzungen in Zeitschriften wie «Public Interest», «Public Opinion» und andere hin, während deutscherseits weniger Zeugnisse einer neuen geistigen Auseinandersetzung vorlagen. Präsident Reagans Sicherheitsberater Richard V. Allen war bei allen Sitzungen zugegen, während Politiker der CDU (Kurt Biedenkopf, Walter Leisler Kiep, Alois Mertes) jeweils für einen halben Tag erschienen.

Mit dem Hinweis, dass das Thema «Nationalismus» von den Amerikanern, die es ausschliesslich positiv werten, und den Deutschen nur ansatzweise diskutiert wurde, ist zu wenig über eine bemerkenswerte Tagung gesagt. Andere Berichte, insbesondere über den amerikanischen Konservativismus, werden folgen. f. b.

THOMAS FLEINER-GERSTER

Haben konservative Staatsideen eine Zukunft?

Der Trend zum Konservativismus

Vor drei Jahren hat eine Gruppe geistlicher Ideologen im Iran das Rad der Zeit zurückgedreht. Seit der Französischen Revolution war es das Ziel aller Revolutionen, durch Säkularisierung den Staat vom Einfluss religiöser Mächte zu befreien. Erstmals haben nun Geistliche zum Mittel der Revolution gegriffen, um mit Eisen und Blut den Staat und die Gesellschaft ihrem religiösen Machtbereich zu unterwerfen.

Bei den Novemberwahlen vor zwei Jahren hat in den Vereinigten Staaten der Kandidat der Konservativen einen im Amte stehenden vom Volk

gewählten Präsidenten mit überwältigender Mehrheit hinweggefegt. Die ehemalige Weltmacht England wird zurzeit von einer Konservativen regiert; aber auch in der Schweiz haben die Konservativen in den letzten Jahren etwa mit Schlagwörtern wie «weniger Staat», «Ausverkauf der Heimat», «Erhaltung nationaler Eigenart» grossen Aufschwung erhalten.

Verschiedene Richtungen

Der Konservativismus hat ebensoviele Facetten wie der Sozialismus, der Liberalismus und der Faschismus. Wir können drei Haupttypen von Konservativen unterscheiden: die Traditionalisten, die Reaktionäre und die Reformkonservativen. Die *Traditionalisten* kleben an der Tradition, am Bewährten, am geschichtlich Überlieferten, ohne zu fragen, ob es gut oder schlecht sei. Die *Reaktionäre* wollen den alten Zustand wiederherstellen. Die Restauration des schweizerischen Staatenbundes von 1815, die den vorrevolutionären Zustand wiederhergestellt hat, entspricht ihrem Idealbild. Die *Reformkonservativen* hingegen wollen aus der Kraft der Geschichte, verankert in den Wurzeln der Tradition, neue Kräfte für die Zukunft schöpfen. Für sie gelten die Worte des grossen schweizerischen Konservativen Philipp Anton von Segesser: «Nur ist es die Aufgabe derjenigen, die zur Leitung des Staates berufen sind, jene Prinzipien in ihrer Wesenheit zu erkennen, und statt des Festhaltens an dem Zufälligen, Äusserlichen, womit die Vergangenheit sie umgeben hat, sie mit bewusstem Blick in die Zukunft zu entfalten, wie ein Gärtner es tut, der die Lebenskraft des Baumes nicht tötet, wenn er ihn abgestorbener Äste oder wilder Zweige entkleidet, sondern sie erhöht, indem er aus gesunden Trieben eine neue Krone bildet, die darum nicht anderes ist als der alte Baum, dessen Wurzeln fest in der Erde ruhen.»

Der Konservative hat also die Aufgabe, jene wesentlichen Elemente zu erforschen, die seinen Staat während Jahrhunderten geprägt haben. Diese wesentlichen Grundsätze dienen ihm dazu, die Grundlagen für die Gestaltung der Zukunft zu finden. Wenn fortan von Konservativen die Rede ist, beschränke ich mich auf diese Reformkonservativen, die aus der geschichtlichen Vergangenheit Ideen für die Gestaltung der Zukunft zu finden trachten. Allerdings muss man sich nun sogleich fragen: aus welcher Vergangenheit gewinnen die Konservativen ihre Ideen für die Zukunft?

Jede geistige Strömung hat ihre konservativen Vertreter: die konservativen Sozialisten greifen zurück auf ihre grossen Vertreter des letzten Jahrhunderts wie Lassalle, Saint-Simon und Proudhon. Die konservativen Kommunisten lesen wieder vermehrt Marx und Engels und verachten

Habermas und Marcuse. Die Liberalen finden Trost bei Locke und Adam Smith oder den Physiokraten.

Der schweizerische Konservatismus

Wo finden die Konservativen in der Schweiz ihre Antwort? Im letzten Jahrhundert haben sie nur den Status quo der Restauration hochgehalten und mussten naturgemäss den Erneuerungskräften der Regeneration weichen. Sie wollten sich in die Romantik des 18. Jahrhunderts zurückziehen und sind so im Kampf zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten in Vergessenheit geraten.

Viele Forscher der schweizerischen Verfassungsgeschichte haben sich auf die Helvetik, die Mediation und die Regeneration beschränkt und übersehen, dass manche Errungenschaften unseres Staatswesens bewusst oder unbewusst aus den vor der Französischen Revolution bestehenden und hochgehaltenen Traditionen hervorgegangen sind.

Wenn wir nach den konservativen Staatsideen fragen, so interessieren uns vor allem die in der schweizerischen Tradition verwurzelten Gedanken, die dem Liberalismus und dem Sozialismus vorangegangen sind, ihn überlebt haben und auch für die Zukunft wegleitend sein können. Wie jede Ideologie hat nämlich auch jeder Staat seinen eigenen Konservativismus. Die englischen Tories unterscheiden sich ebenso von den Altnationalen Deutschlands wie die französischen Royalisten von den konservativen Republikanern und Demokraten der Vereinigten Staaten.

Welches ist nun das für die Schweiz typische konservative Gedankengut? Hier stehen vor allem jene Staatsideen im Vordergrund, die das Regierungssystem der schweizerischen Orte vor der Französischen Revolution beeinflusst haben. Auf eine Kurzformel gebracht, handelt es sich um die Idee des in seiner Souveränität *beschränkten*, des *gegliederten*, des *geschichtlichen*, des *genossenschaftlich-demokratischen* und des dem *Gemeinwohl* verpflichteten Staates. Die Grundlage findet diese Staatstheorie in einem *Menschenbild*, das den Menschen als soziales Wesen mit allen seinen guten und schlechten Eigenschaften akzeptiert.

Das ganzheitliche Menschenbild

Viele Staatstheorien gehen von einem vereinfachten Menschenbild aus, das der realen Komplexität zu wenig Rechnung trägt. Sie gehen aus von einem Menschenbild, das den Menschen entweder auf ein nur böses, egoistisches Wesen oder auf einen nur seinen wirtschaftlichen Nutzen

suchenden Materialisten, oder auf einen entfremdeten und ausgebeuteten Sklaven reduziert. Wer im Menschen (wie z. B. Hobbes) ein *boshaftes* Wesen sieht, will einen Staat, in dem Zucht und Ordnung herrschen. Wer den Menschen (wie z. B. Adam Smith oder Herbert Spencer) als homo oeconomicus versteht, will einen Staat, der sich darauf beschränkt, das *Eigentum der Bürger zu schützen*, im übrigen aber jedermann die Freiheit lässt, seinen eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu suchen; wer den Menschen als entfremdeten und ausgebeuteten Sklaven (wie z. B. Marx oder Marcuse) sieht, will einen Staat, der den Menschen emanzipiert, d. h. in einer neuen und klassenlosen Gesellschaft befreit. Alle diese Menschenbilder sind überdies von einer Männergesellschaft geprägt und tragen der Tatsache, dass unsere Gesellschaft zu einem grossen Teil von den Frauen bestimmt wird, kaum Rechnung.

Für die Konservativen ist der Mensch ein viel zu komplexes Wesen, als dass er sich auf eine einzige besondere Eigenschaft reduzieren liesse und man daraus eine Staatstheorie aufbauen könnte. Er ist, um mit Thomas von Aquin zu sprechen, ein *«Ebenbild Gottes»*, ein Geheimnis, das auch der Staat letztlich als Geheimnis mit all seiner Weisheit, aber auch mit all seiner Unberechenbarkeit anerkennen und würdigen muss. Überdies ist er ein auf die Gemeinschaft hin angelegtes Wesen, das seine Werte und seine Freiheit nur in der Gemeinschaft und nicht als isoliertes Individuum entfalten kann.

Ein Staat, der wie unsere schweizerische Demokratie zu Recht auf einer Gesellschaftsordnung der wirtschaftlichen Freiheit aufbaut, der also davon ausgeht, dass der Mensch in erster Linie seinen wirtschaftlichen Vorteil sucht, weshalb ihm die grösstmögliche wirtschaftliche Freiheit belassen werden soll, muss im Sinne eines ganzheitlichen Menschenbildes für ein Korrektiv der menschlichen Werte sorgen. Er darf seine Tätigkeit nicht allein auf die Leistungsfähigkeit abstellen und nur denjenigen belohnen, der wirtschaftlich besonders leistungsfähig ist. Er muss auch andere, z. B. geistige, kulturelle, religiöse und soziale Werte unterstützen und fördern. Gerade jene Werte müssen ihm also am Herzen liegen, die sich in einer freien Marktordnung nur schwer oder kaum behaupten können. Er muss mit seiner *Landwirtschaftspolitik* nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bauernbetriebes, sondern auch den Wert eines Familienbetriebes berücksichtigen.

Ein *Sozialversicherungssystem*, das allein auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und auf den wirtschaftlichen Erfolg abstellt, würde diesem konservativen Menschenbild widersprechen. Die Sozialversicherung muss die Existenz jedes Menschen sichern und schützen, weil jede menschliche Existenz in sich eine Würde verkörpert, für die es sich einzusetzen lohnt.

Die beschränkte Souveränität

Der Staat der Konservativen ist aber auch ein in seiner Macht, seinen Befugnissen und seinen Möglichkeiten beschränkter, ja, ein ohnmächtiger Staat. Die These von der absoluten Souveränität des Staates, von der «Machbarkeit des Rechts durch den Staat», ist dem Konservativen fremd. Er geht davon aus, dass der Staat weder das Recht hat, unbeschränkt Recht zu setzen, noch sieht er in der zentralisierten Macht des Parlaments oder der demokratischen Mehrheit des Volkes das Heil der Zukunft. Die prometheische Idee, dass die Gesellschaft ein Produkt des Staates ist und deshalb durch den Staat verändert werden kann, diese prometheische Idee wurde von Hobbes, einem Vertreter des zentralistischen Absolutismus, vertreten. Für den Konservativen hat der Staat eine beschränkte Aufgabe. Er muss *das Gemeinwohl* verwirklichen. Dieses Gemeinwohl muss aber in eine vorgegebene Wertordnung eingebettet werden. Es lässt sich durch den Staat nicht beliebig bestimmen und verändern, wie z. B. die *volonté générale* eines Rousseau. Der Staat muss sich an die Idee der Gerechtigkeit halten, er kann nicht selbständig Gerechtigkeit schaffen.

Der Staat des Konservativen ist nicht dazu da, die Gesellschaft zu erneuern oder zu verändern, da das «Gemeinwesen» weder über das Recht noch über die Gerechtigkeit souverän verfügen kann.

Der gegliederte Staat

Allerdings gab es früher den «Staat» im heutigen Sinne noch gar nicht. Die Gesellschaft des Konservativen war vielmehr eine gegliederte Gemeinschaft. Aufbauend auf der Familie über die Sippe oder die Zunft zur Gemeinde, zum Kanton und zur Eidgenossenschaft hatten alle verschiedenen Gemeinschaften beschränkte Aufgaben zur Verwirklichung des Wohles ihres Angehörigen wahrzunehmen.

Der liberale Staat englischer Prägung stellt das einzelne Individuum der souveränen Staatsgewalt des Parlamentes gegenüber. Dies führt zur Alternative: Individuum oder Staat. Das Individuum wird herausgelöst aus einer familiären Gebundenheit wie auch aus all seinen anderen Bindungen an Gruppen wie Sozialpartner, Verbände, Parteien oder untere staatliche Gemeinschaften wie Gemeinden und Kantone. Das führte dazu, dass mit der zunehmenden arbeitsteiligen Gesellschaft und der damit verbundenen Abhängigkeit des einzelnen Bürgers der Staat Aufgaben untergeordneter Gemeinschaften wie jene der Familie übernehmen musste.

Übernahm früher die Familie die Altersvorsorge ihrer Angehörigen,

muss dies heute der Staat tun. Mussten Probleme der Partnerschaft früher innerhalb der Familie zwischen Mann und Frau gelöst werden, sollen sich die Partner in Zukunft bei einem Streit um das gegenseitige Sackgeld an den Richter wenden können. Die vermeintliche Emanzipation wird durch eine zusätzliche Abhängigkeit von Richtern und Anwälten ersetzt.

Die moderne Alternative «weniger Staat, mehr Freiheit» führt über den Umweg einer totalen Individualisierung der Gesellschaft wegen der faktischen Abhängigkeit des Einzelnen von der arbeitsteiligen Gesellschaft letztlich doch zu einer Kollektivierung des Individuums. Daher fühlt sich der Einzelne fremden Mächten ausgeliefert, er sucht immer mehr den staatlichen Schutz und gerät dadurch in die Abhängigkeit der einzigen ihm noch verbleibenden Gemeinschaft, des Staates, da alle anderen Gemeinschaften, in denen er sich noch geborgen fühlen könnte, mehr und mehr aufgelöst werden.

Werfen wir den Blick in die Vergangenheit, entdecken wir, dass in der verschrienen Feudalherrschaft, in einer in viele kleine und grössere Gemeinschaften gegliederten Gesellschaft jede Gemeinschaft diejenigen Aufgaben wahrnahm, die ihrer Stellung, ihrer Grösse und ihrer Funktion entsprach. Wollen wir also auch für die Zukunft mehr Freiheit, so kann diese Freiheit nicht unbedingt dem einzelnen Individuum zugeteilt werden, was vielmehr not tut, ist die zunehmende Autonomie kleinerer Gemeinschaften. Die Kantone, die Gemeinden, aber auch die Sozialpartner ebenso wie die Familie und andere private Vereinigungen müssen Aufgaben übernehmen können, die bisher der Staat allein wahrgenommen hat. Die Antwort der Konservativen auf das Schlagwort «weniger Staat» sollte somit sein: «mehr Autonomie für kleinere Gemeinschaften». Dazu gehört aber letztlich auch eine zukunftsgerichtete, die modernen Bedürfnisse berücksichtigende Familienpolitik, die es der Familie tatsächlich ermöglicht, ihre Aufgabe als Schutz, Hort und Heimat im eigentlichen Sinne wieder wahrzunehmen.

Geschichte als bildende Kraft des Staates

Die Einsicht in die Ohnmacht des Staates ist eng verknüpft mit der Einsicht in seine Geschichtlichkeit. Staatsstrukturen lassen sich nicht aus dem Boden stampfen; sie lassen sich ebensowenig willkürlich verändern. Staatsstrukturen sind geschichtlich allmählich gewachsene, der Seele des Volkes entsprechende Gebilde. Auch wenn sie dauernder Anpassung bedürfen, so müssen sie die Geschichte als bildende Kraft stets anerkennen. In unserer heutigen so geschichtslosen Zeit, in der jedes Parteiprogramm, jede Gesetzgebung, jede Verfassungsänderung als einmalige Neuerung gepriesen

werden, scheint es wichtiger denn je, die Bedeutung der geschichtlichen Kräfte in Erinnerung zu rufen. Mit der Anerkennung der Autonomie des Kantons Jura hat das Schweizervolk nicht nur ein Bekenntnis zum Föderalismus, es hat damit auch ein Bekenntnis zur Geschichte unseres Landes abgelegt, die viel weiter zurückgreift als die Regeneration, die Restauration oder die Zeit des aufklärerischen helvetischen Einheitsstaates.

Im Jubiläumsjahr des Stanser Verkommnisses von 1481 ist es angezeigt, einige auch für die heutige Eidgenossenschaft bedeutsame Grundsätze dieser mehr als 300 Jahre dauernden «Verfassung» der alten Stände in Erinnerung zu rufen. Im Stanser Verkommnis wurde der *Ausgleich zwischen den unter sich verbündeten Landkantonen und den im Bürgerrecht vereinigten Stadtkantonen gefunden*.

Welche Bedeutung hatte der Ausgleich zwischen Stadt und Land? Der gleichberechtigte Beitritt Freiburgs und Solothurns hätte, wie Philipp Anton von Segesser schreibt, zwar formelle Gleichheit der fünf Städte gegenüber den fünf Ländern zur Folge gehabt. Dafür wären aber die Städte den Ländern an Macht weit überlegen gewesen. Um hier den Ausgleich zu finden, schlug der Vermittler Niklaus von Flüe vor, den Städten Freiburg und Solothurn zwar mehr Rechte zu geben als den zugewandten Orten, aber ihnen doch nicht alle Rechte, die den ursprünglichen acht Orten zukamen, zu verleihen. Durch diesen Kompromiss, der einen Verzicht auf beiden Seiten voraussetzte, liessen sich für Jahrhunderte die Gegensätze zwischen Land und Stadt überbrücken und beide Parteien fanden ihre Einheit im Kompromiss. Dieser Ausgleich zwischen Stadt und Land ist letztlich nur möglich, wenn die Landkantone gegenüber den Städten formell privilegiert werden. Nur so können sie der faktischen Macht der städtischen Agglomerationen begegnen. Diesen Kompromiss werden die Eidgenossen deshalb auch in Zukunft immer wieder suchen und finden müssen. Durch diesen Ausgleich konnte sich das Bündnis der Stadt- und Landkantone erhalten, was für die damalige Zeit der verschiedenen europäischen Bünde einmalig war.

Das Stanser Verkommnis war aber noch aus anderen Gründen von zentraler Bedeutung. Es bekräftigte den Willen der Eidgenossen, innere Auseinandersetzungen und Unruhen selber durch *gemeinsame Hilfe zu lösen*. Versuchten die Obrigkeiten in den anderen Gebieten Europas, den Schutz beim König oder gar beim Reich zu suchen, gelang es den Eidgenossen auf diese Weise ihre inneren Auseinandersetzungen ohne Preisgabe ihrer Autonomie zu lösen. So liess sich der damalige Trend zum zentralistischen Absolutismus verhindern. Darin liegt wohl auch das Geheimnis der Tatsache, dass so kleine demokratische Herrschaften während

der Zeit des immer absolutistischer werdenden Europas nach aussen unabhängig bleiben und im Innern ihre demokratische Genossenschaft bewahren konnten.

Das Stanser Verkommnis war aber keine revolutionäre Erneuerung. Es bildete, wie Segesser meint, das Recht fort, ohne irgend etwas zu zerstören, es ermöglichte die Fortentwicklung der gemeinsamen Aktion der Bundesglieder nach innen und die Machtentfaltung der Schweiz nach aussen, ohne die festen Errungenschaften der Vorzeit zu gefährden. Es vermied «durch einen Parteisieg das Selbstbewusstsein der Einen auf Kosten der Andern über die Massen zu erhöhen und dadurch die Solidarität des gemeinsamen Bewusstseins im Volke zu erschüttern».

Genossenschaftliche Demokratie

Ausländische Konservative beschwören oft die vergangenen Zeiten der Monarchie. Der schweizerische Konservative kann hingegen auf eine jahrhundertealte genossenschaftliche Demokratie zurückblicken. Es waren die Genossenschaften der Tal- und Landgemeinden, der Landkantone und die demokratischen Räte der Stadtkantone, die die Grundlage für demokratische Herrschaftsformen bildeten. Die zürcherische Demokratie hat ihre Wurzeln nicht im Ustertag des Jahres 1830, sie geht zurück auf die Brun'sche, die Waldmann'sche und später die Zwingliverfassung. In seiner Kulturgeschichte aus dem Jahre 1875 der Drei Bünde im 18. Jahrhundert kann Andreas von Sprecher stolz erklären: «Es verdient bemerkt zu werden, dass Bünden neben den Urkantonen und Glarus das einzige Land des Kontinents war, welches weder eine Zeitungs- noch eine Bücherzensur besass.» Wenn die Aussage Sprechers auch durch spätere wissenschaftliche Arbeiten nicht voll bestätigt wurde, so bleibt doch unbestritten, dass es keine eigentliche politische Zensur gab und im Rahmen von Flugblättern die vehementesten politischen Auseinandersetzungen möglich waren. Überdies war die Zensur, soweit es sie gab, immer eine Zensur «von Volkes Gnaden». Sie war nicht abhängig von der Willkür eines bestimmten Fürsten.

Während die englische Demokratie aus der Auseinandersetzung zwischen der im Parlament vertretenen Handelsaristokratie und dem König hervorging, haben sich die schweizerischen Orte von der fürstlichen und kaiserlichen Obrigkeit gelöst, um als Volk selbständig das Geschick in die Hand zu nehmen. Die Demokratie ist nicht in einem internen Machtkampf, sondern in der gemeinsamen Abwehr von äusserer Herrschaft entstanden.

Demokratie verstanden die alten Eidgenossen aber nicht als freie Form absoluter Volksherrschaft. Demokratie war die Entscheidungsform der *solidarisch aufeinander angewiesenen Genossenschaftler*. Es war die einzige Möglichkeit, mit der die Bürger das für alle Nützliche finden und entscheiden konnten. So formulierte es auch der im 14. Jahrhundert lebende Marsilius von Padua, dessen «Defensor Pacis» wir in vielen alten Bibliotheken der Eidgenossenschaft finden: «Weil nämlich der Staat eine Gemeinschaft freier Männer ist, muss jeder einzelne Bürger frei sein und nicht einer anderen Knechtschaft ertragen. *Der* ausschliesslich hat Macht über die Befolgung der Gesetze, der eine zwingende Gewalt gegen die Übertreter besitzt; das ist die Gesamtheit oder deren Mehrheit; also steht ihr allein die Gesetzgebung zu.»

Standen mit der Französischen Revolution von 1789 und mit der Julirevolution die Herrschaftsrechte der Repräsentanten im Parlament, d. h. die repräsentative Demokratie, im Vordergrund, so haben doch unter anderem sicher auch die konservativen Kräfte zu einer Ausdehnung der Referendumsdemokratie im Jahre 1874 und zu einer Ausweitung der Verfassungsinitiative im Jahre 1891 geführt. Allerdings wehrten sich die alten Eidgenossen gegen eine ungezügelter Entwicklung der Demokratie und untersagten im Stanser Verkommnis «gefährliche Gemeinden und Ansammlungen». Zu Recht meint Segesser, dadurch hätten die Eidgenossen im Gegensatz zu den italienischen Städten ihre Freiheit bewahren können, diese sei nicht der Gewalt unternehmender Condottieri zum Opfer gefallen.

Pluralistischer Staat

Ein besonderes Problem konservativer Staatsideen stellt sich bei der Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat. Der von der Kirche losgelöste säkularisierte Staat ist dem Konservativen fremd. Er sucht die Einheit von Kirche und Staat. Diese Einheit lässt sich aber nur unter Aufgabe des wichtigen Gutes der Glaubens- und Gewissensfreiheit wiederherstellen. Ich meine deshalb, dass auf diesem Gebiet der zukunftssträchtige Konservatismus nach neuen Lösungen suchen muss, die einerseits die religiöse Beziehung des Menschen anerkennt und andererseits den Pluralismus verschiedener Religionen und Weltanschauungen akzeptiert. Der Staat ist neutral gegenüber den Konfessionen, baut aber auf ihren Werten, dem Menschen als Ebenbild Gottes, auf und ist in diesem Sinne nicht wertneutral.

Diese Anerkennung einer auf den Werten unserer Religion aufbauenden Rechtsgrundsätze lässt sich nun allerdings mit der Idee des beschränkten,

ohnmächtigen Staates durchaus vereinbaren. Der Staat darf sich nicht über alle Werte hinwegsetzen. Er hat nur solange das Recht, Gehorsam zu verlangen, als er sich an die ihm von der Tradition und den Religionen vorgegebenen Werte hält.

Möglichkeiten und Grenzen staatsleitender Ideen

Wer nach den Ideen fragt, die den Staat und die Staatspolitik leiten sollen, darf nicht übersehen, dass die Staaten und ihre Organisationen wahrscheinlich nur zu einem geringen Teil von den sie leitenden Ideen beeinflusst und geprägt sind. Ihre geographische Lage beispielsweise hat ihre Anstrengungen zur Verteidigung beeinflusst. Staaten mit offenen Grenzen neigen oft zu zentralistischen und absolutistischen Regierungssystemen. Die Wirtschaft ihrerseits bestimmt ganz wesentlich die Geschicke, aber auch die Organisation der Staaten. Ob die Menschen von der Tierzucht, vom Getreideanbau, vom Reis oder Mais gelebt haben, dies hatte wahrscheinlich grössere Auswirkungen auf die Entwicklung der Staaten als wir uns heute vorstellen können. Ähnlich grundlegende Veränderungen werden wir in Zukunft möglicherweise auf Grund der Energie- und der Rohstoffknappheit wie auf Grund der Revolution im Bereich der Elektronik und der Computertechnik erleben.

Vielleicht war es allerdings der Humanismus christlicher Prägung, der die Europäer im Mittelalter dazu geführt hat, mehr und mehr die Arbeit durch Pferde und später durch die Maschine ausführen zu lassen als durch die menschliche Muskelkraft. Nur so lässt sich vielleicht erklären, weshalb sich der technische Fortschritt vor allem auf Europa beschränkte, während in Asien noch immer die viel billigere menschliche Muskelkraft eingesetzt, aber auch ausgebeutet wird.

Der Mensch muss mit seinen Ideen versuchen, die staatliche Macht im Interesse der Menschlichkeit zu lenken, er muss sich aber auch bewusst sein, dass seine Ideen lediglich korrigierend, kaum aber revolutionierend wirken werden. Selbst in Staaten, in denen mit Revolutionen Umwälzungen vorgenommen wurden, haben nur neue Tyrannen die alten mit neuem Anstrich ersetzt.

Wenn es den Menschen aber gelingt, die wesentlichen Kräfte zu erkennen, die ihre Völker während Jahrhunderten gelenkt haben, wenn sie diese Kräfte für die Gestaltung der Zukunft fruchtbar machen können, dann haben die konservativen Staatsideen eine Zukunft. Denn sie ermöglichen dem Volk, sich ohne schmerzliche Revolutionen und ohne sein Wesen zu verändern, den neuen Entwicklungen anzupassen.